



POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

Nur elektronisch

Betreuungsgerichtstag e.V.
Kurt-Schumacher-Platz 9
44787 Bochum

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

POSTANSCHRIFT 11015 Berlin

BEARBEITET VON Frau Schnellenbach

REFERAT IA6

AKTENZEICHEN I A 6 - 3475/4 - 3 - 1 - 12 306/2016

DATUM Berlin, 29. April 2016

Sehr geehrter Herr Winterstein, sehr geehrter Herr Zander,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 30. März 2016 an Herrn Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz Heiko Maas zur Finanzierung der Betreuungsvereine, in dem Sie eine sofortige Erhöhung der Vergütung für Berufsbetreuer um 18 % auf 52,- Euro in der höchsten Vergütungsstufe fordern. Herr Minister hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Eine sofortige Anhebung der Vergütung durch Bundesgesetz, die zu einer erheblichen Ausgabensteigerung der Landesjustizkassen führen würde, bedürfte der Zustimmung des Bundesrates. Allerdings schätzen die Länder nach den hier vorliegenden Erkenntnissen das Vorhaben als weniger dringlich ein.

Auch in Anbetracht dieser Ausgangslage hat sich das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz in Abstimmung mit den Ländern dafür entschieden, die Struktur des Vergütungssystems insgesamt einschließlich der Höhe der Stundensätze im Rahmen der rechtstatsächlichen Untersuchung „Forschungsvorhaben zum Thema ‚Qualität der rechtlichen Betreuung‘ umfassend zu evaluieren. Der Teilbereich des Forschungsvorhabens zur Überprüfung des Vergütungssystems wird dabei aufgrund der besonderen Dringlichkeit prioritär behandelt, damit insoweit bereits so früh wie möglich (voraussichtlich Ende 2016) belastbare empirische Erkenntnisse generiert werden können.

LIEFERANSCHRIFT Kronenstraße 41, 10117 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG U-Bahnhof Hausvogteiplatz (U2)

Die in Ihrem Schreiben geäußerte Einschätzung, dass das Ergebnis dieser empirischen Überprüfung nicht abgewartet werden könne, da infolge der um rund 25 % gestiegenen Gehälter der Angestellten Betreuungsvereine in mehreren Bundesländern ihre Tätigkeit bereits aufgegeben oder dies für 2016 angekündigt hätten, haben wir zum Anlass genommen, an die Landesjustizministerien unabhängig von dem laufenden Forschungsvorhaben mit der Bitte heranzutreten, dem BMJV bis Ende Mai 2016 möglichst aktuelle Zahlen zu der Situation der Betreuungsvereine in ihrem jeweiligen Bundesland zur Verfügung zu stellen. Parallel dazu möchte ich auch an Ihren Verband die Bitte richten, konkrete, möglichst aktuelle Belege für die Einschätzung zu übermitteln, dass sich eine erhebliche Zahl von Betreuungsvereinen aktuell in einer prekären finanziellen Situation befindet, sowie Ihnen zugängliche Statistiken über die aktuelle Entwicklung der Anzahl von Betreuungsvereinen.

Für eine Übermittlung derartiger Daten bis zum 31. Mai 2016 an das Referatspostfach IA6@bmjv.bund.de wäre ich Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

gez.

Schnellenbach